

Pressemitteilung vom 12. Mai 2005

## Staatliches Wertemonopol in Berlin - Bedrohung für unsere Demokratie

**Resolution von Bund Katholischer Unternehmer (BKU), Katholischer Elternschaft Deutschlands (KED), Katholischer Erziehergemeinschaft (KEG) und Bundesverband Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV) vom 12. Mai 2005 in Berlin.**



SPD und PDS wollen in Berlin ein Fach „Werte, Kultur und Religion“ einführen, das für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend sein soll. Ebenso stellt die PDS in Frage, „ob das Grundgesetz, in dem steht, Religion ist ein ordentliches Unterrichtsfach, noch zeitgemäß ist.“



Mit dem für alle verpflichtenden „Wertefach“ ohne Abmeldemöglichkeit zum Religionsunterricht maßt sich der Staat an, zu bestimmen, nach welchen Werten gelebt werden soll. Er mischt sich in die Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsfindung unserer Kinder und Jugendlichen ein, die im Religionsunterricht eine unverzichtbare Stütze haben.



Den grundgesetzlich garantierten Religionsunterricht insgesamt in Frage zu stellen, steht im eklatanten Widerspruch zu unserem Demokratieverständnis, wie es nach Kriegsende in Deutschland entstanden ist. Der Staat kann nicht selbst die Werte bestimmen, von denen er lebt. Er ist auf die Bildungsarbeit in der Schule durch die Religionsgemeinschaften angewiesen. Deswegen erheben BKU, KED, KEG und KKV schärfsten Protest gegen die Bestrebungen der Berliner Regierungskoalition, den Religionsunterricht durch ein für alle verpflichtendes wertorientierendes Fach aus der Schule zu verdrängen.



SPD und PDS führen einen immer dreisteren Kulturkampf gegen die Kirchen. So sagt der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller: „Der staatliche Werteunterricht wird einen Teil der Schüler mittelfristig aus dem Religionsunterricht herausziehen.“ Dann brauche man „weniger Zuschüsse an die Religionsgemeinschaften zu zahlen“. Der Berliner PDS-Vorsitzende Stefan Liebig lügt unverfroren, wenn er gegen alle Tatsachen behauptet, der Religionsunterricht genieße in den neuen und in den alten Bundesländern nur geringes Ansehen. Diese unverblühten Äußerungen der Landesvorsitzenden der Berliner Regierungskoalition geben zu höchster Sorge Anlass.

Gerade die Hauptstadt eines jeden Landes ist dessen Aushängeschild und hat für das Land Vorbildfunktion. Wenn ausgerechnet in Berlin ein Sonderweg beschritten wird und dieses mit den vorgenannten alarmierenden Kommentierungen, sind neben den unmittelbaren Auswirkungen für das Bundesland Berlin die mittelbaren Auswirkungen auf unsere Wertekultur in der gesamten Bundesrepublik nicht abzusehen.

BKU, KED, KEG und KKV fordern deshalb mit Nachdruck, dass die Berliner Regierungskoalition von ihren Plänen abweicht und in Berlin den Religionsunterricht in den Schulen als ordentliches Schulfach zulässt.

**Marie-Luise Dött, MdB**  
BKU-Bundesvorsitzende  
**Bernd Buckenleib**  
KEG-Bundesvorsitzender

**Prof. Dr. Walter Eykmann, MdL**  
KED-Bundesvorsitzender  
**Clemens-August Krapp**  
KKV-Bundesvorsitzender